

Beschluss Stellungnahmen zum Satzungsprozess / Urabstimmung

Antragsteller*in: Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer)
Tagesordnungspunkt: 13. Verschiedenes

Antragstext

1 Der KV Hagen beschließt, folgende Stellungnahmen zum
2 Satzungsprozess/Urabstimmung des Bundesverbandes an die Satzungskommission
3 abzugeben:

4 1. BUNDESVERSAMMLUNG

5 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
6 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen
7 ebenfalls die geplanten Änderungen zur Grundmandatsklausel.

8 Grundsätzlich sehen wir das Frauenstatut der GRÜNEN als eines der wichtigsten
9 Prinzipien unserer Partei an. Durch die Grundmandatsklausel zur
10 Bundesversammlung sind jedoch über 250 kleine Kreisverbände in Deutschland
11 strukturell benachteiligt. Finden sich dort keine Frauen als ordentliche
12 Delegierte, sind die Kreisverbände komplett von der Willensbildung auf der BDK
13 ausgeschlossen. Engagierte Personen, die keine Frauen sind, sind in diesen
14 Kreisverbänden grundsätzlich von einer Teilnahme als ordentliche Delegierte
15 strukturell ausgegrenzt. Eine gerechte Lösung wäre die Anhebung der Grundmandate
16 auf generell zwei Personen; wir verstehen jedoch, dass das zu erheblichen
17 organisatorischen Problemen führen würde. Deshalb begrüßen wir die
18 Konkretisierung des Frauenstatutes bei der Grundmandatsklausel in der
19 vorgeschlagenen Form mit sehr klaren und strikten Bedingungen.

20 2. GREMIENREFORM

21 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
22 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Bei der Gremienreform
23 haben wir jedoch deutlichen zusätzlichen Informationsbedarf.

24 Die Einrichtung eines Mitgliederrates, in dem bei wichtigen, parteiweiten
25 Entscheidungen auch Mitglieder zu Wort kommen können, die ansonsten keine Ämter
26 oder Mandate haben, erscheint uns sinnvoll. Allerdings erschließt sich uns
27 nicht, auf welche Art die Mitglieder gelost werden, ob eine vorherige Bewerbung
28 notwendig ist und was bei einer Ablehnung passiert. Ohne Kenntnis einer
29 konkreten Mitgliederratsordnung sehen wir uns außer Stande, uns zu diesem Punkt
30 eine klare Meinung zu bilden.

31 Bei der Reform des Parteirates erschließt sich uns nicht, warum wir GRÜNEN ein
32 solches Gremium in der geplanten Zusammensetzung mit Minister*innen,
33 Bundesratsmitgliedern usw. überhaupt brauchen. Kontroverse Themen werden in
34 unserer Partei naturgemäß im Plenum diskutiert und nicht von einer kleinen
35 Gruppe Machträger*innen.

36 3. BUNDESVORSTAND

37 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
38 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Die geplanten
39 Änderungen beim Bundesvorstand sehen wir jedoch deutlich kritisch.

40 Die Umbenennung der politischen Geschäftsführung in Generalsekretariat halten
41 wir nicht für sinnvoll, da sowohl der Begriff wie auch eine nicht mehr nur nach
42 innen gerichtete Funktion, sondern eine weitere Person im Fokus der
43 Öffentlichkeit, nicht unserem Verständnis von grünen Strukturen entsprechen.

44 Die weitere Aufweichung der Trennung von Amt und Mandat im Bundesvorstand lehnen
45 wir ab. Es gehört seit jeher zu den grünen Grundwerten, nicht zu viel Macht auf
46 zu wenige Personen zu verteilen. Auf Bundesebene muss es möglich sein,
47 ausreichend engagierte und erfahrene Personen zu finden, die unsere Partei in
48 ihrer Gesamtheit repräsentieren und nicht gleichzeitig ein politisches
49 (Bundestags-)Mandat inne haben.

50 4. VIELFALTSTATUT

51 Eine Partei, die sehr viel größer wird, muss ihre Strukturen dem Wachstum
52 anpassen. Deshalb begrüßen wir generell den Reformprozess. Wir begrüßen außerdem
53 jede Initiative, die die Vielfalt und Repräsentation marginalisierter Gruppen
54 innerhalb unserer Partei stärkt.

Begründung

Anfang März hat ein groß angelegter Reformprozess der Strukturen und Satzung des Bundesverbandes der GRÜNEN begonnen. Bis zum 31. März 2026 haben alle Mitglieder und Organisationen innerhalb der Partei die Möglichkeit, Stellungnahmen zu den vier Säulen der Reform abzugeben.

Am 11. März 2026 fand im KV Hagen eine Online-Informationsveranstaltung statt, an der zwölf Mitglieder unsere Kreisverbandes teilgenommen haben:

Marcus Brand, Martina Dahm, Jan Eckhoff (Kreisgeschäftsführer), Susanne Emmerich, Karin Köppen (Ratsfraktion, Bürgermeisterin), Stefan Meister, Katrin Münzel, Michael Münzel, Vanessa Oblotzki (Kreisvorstand), Hans-Georg Panzer, Fynn Ole Royla (Grüne Jugend), Barbara Thormählen (Kreisvorstand)

Gemeinsam wurden die geplanten Reformen diskutiert und sich auf Stellungnahmen geeinigt. Diese Stellungnahmen möchten wir mit einem Votum des Kreisverbandes ausstatten und fristgerecht einreichen.